

URL: <http://www.aknahost.org/> und <http://www.jungewelt.de/2008/03-12/028.php>

## **PROTESTAKTION VOR DEM BUNDESKANZLERAMT**

Anlässlich der bevorstehenden Israel-Reise von Angela Merkel (CDU) rufen Friedens- und Menschenrechtsgruppen für kommenden Freitag ab 11 Uhr zu einer Protestaktion vor dem Bundeskanzleramt in Berlin auf:

Vom 16. bis 18. März besucht Bundeskanzlerin Merkel Israel. Anlaß ist der 60. Jahrestag der Gründung des Staates. Frau Merkel will die Beziehungen zwischen beiden Regierungen aufwerten. Diese Aufwertung wirkt wie eine Belohnung für Menschenrechtsverletzungen und für Verstöße gegen das Völkerrecht durch die israelische Regierung – zuletzt im Gazastreifen mit mehr als 120 Toten als Folge. Dabei sollten doch Opfer von Gewalt gleiche Anteilnahme erfahren – ob sie durch ein Attentat (wie letzte Woche in Jerusalem) oder durch Handlungen einer Armee sterben.

Die Politik der Kanzlerin schadet den Palästinensern und letztlich auch den Israelis. Auf Dauer stärkt sie den Antisemitismus hierzulande. Wir fordern Frau Merkel auf, ihre einseitige Politik zu korrigieren, sich öffentlich für ein Ende der katastrophalen israelischen Blockade des Gazastreifens einzusetzen und deutlich gegen Siedlungspolitik und Besatzung Stellung zu beziehen!

Zur Gründung des Staates Israels vor 60 Jahren gehört auch die Nakba – die Flucht und die Vertreibung hunderttausender Palästinenser und die ethnische Säuberung eines Teils Palästinas! Nur wer beides sieht, kann beiden Völkern gerecht werden. Daran wollen wir während der Protestveranstaltung mit einer Installation aus Koffern erinnern.

Die deutsche Regierung verlangt von den Palästinensern Gewaltlosigkeit, nicht jedoch von der israelischen Regierung. Wo aber bleibt dann die Unterstützung der Bundesregierung für den gewaltfreien palästinensischen Widerstand gegen die Besatzung, an dem zum Teil auch Israelis teilnehmen? Dieser Widerstand fordert nichts anderes, als die Einhaltung des internationalen Rechts.

Die Bundesregierung bietet den Palästinensern Geld an, aber fordert keine gleichen politischen Rechte für sie. Außerdem will sie die palästinensische Polizei ausbilden. Das bedeutet heute, den innerpalästinensischen Bürgerkrieg weiter anzufachen. Denn diese Polizei steht unter Kontrolle nur einer palästinensischen Partei, der Fatah.

Für einen Waffenstillstand und erst recht für einen Frieden muß aber die Hamas mit einbezogen werden. Nur dann könnte das Leiden der Palästinenser in Gaza und der Israelis in Sderot ein Ende haben. Auch wenn Kritik an dieser Gruppierung nötig ist, sind Verhandlungen mit ihr unumgänglich. Dafür sprechen sich auch israelische Schriftsteller wie Amos Oz und David Grossman aus – und selbst ein israelischer Minister.

Hat Frau Merkel überhaupt vor, in Israel Friedensgruppen zu treffen, die sich für einen gleichberechtigten Frieden einsetzen?

Unterstützer (Stand vom 12.03.08) :

Adala-Arabischer Kunst- und Bildungsverein

AK Nahost Berlin ([www.aknahost.org](http://www.aknahost.org)).

AK Nahost Hagen

AK Palästina-Israel Frankfurt a.M.

Aktionsbündnis für einen gerechten Frieden in Palästina

Arabischer Publizistenverein Deutschlands e. v.

Bonner Friedensbündnis

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft

Deutscher Freidenkerverband

Frauennetzwerk Nahost

Friedensaktion Palästina, München

Heidelberger Friedensratschlag

International Solidarity Movement (ISM) Germany

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost – Deutsche Sektion des EJJP e.V.

Koordinationskreis Palästina, München

Nahostkomitee in der Berliner Friedenskoordination

Ökumenisches Zentrum für Umwelt-, Friedens-und Eine-Welt-Arbeit/Berlin-Spandau

Palästina-Komitee München

Palästinensische Gemeinde Deutschland

Palästinensische Gemeinde Düsseldorf e.V.

Palästinensische Gemeinde Köln e.V.

Palästinensischer Studentenverein e.V.